

Antrag

A1 Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land!

Antragssteller*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Antragstext

1 **Unsere Forderungen zur Bundestagswahl 2021**

2 Aus unserem christlichen Glauben heraus ist für uns als Aktive in der
3 katholischen Jugendarbeit klar: Wir setzen uns dafür ein, zusammen eine
4 solidarische, humane und bunte Gesellschaft zu gestalten – eine gute
5 Zukunftszeit! Eine zukunftsfähige Politik kann nicht von nationalistischem und
6 menschenfeindlichem Gedankengut getragen sein. Gemeinsam wollen wir uns für
7 gelingende Inklusion unserer Gesellschaft stark machen und zugleich deutlich
8 zeigen, dass der Widerstand gegen Rechtsextremismus für uns als Christ*innen
9 Pflicht und Auftrag ist. Als katholische Jugendverbände zeigen wir in all
10 unseren Aktivitäten, dass das Zeugnis unseres Glaubens darin besteht, sich in
11 Kirche, Politik und Gesellschaft einzubringen und aus der Perspektive von
12 Kindern und Jugendlichen und in ihrem Sinne die Zukunft zu gestalten.

13 Wir stehen für ein menschenfreundliches und vielfältiges Land ein und treten
14 gegen jegliche Formen von Rassismus, Antifeminismus, Islamfeindlichkeit und
15 Antisemitismus, Homo-, Bi-, Inter- und Trans*feindlichkeit,
16 Behindertenfeindlichkeit sowie die Abwertung finanziell und materiell
17 schwächerer Menschen ein. Die Verschwörungsideologien rechtsextremer Kräfte
18 wollen wir entkräften, die Verbindungen zu kirchlichen Strukturen transparent
19 machen und menschenfeindlichen politischen Inhalten und Aktivitäten eine Absage
20 erteilen. Es ist deshalb unser Ziel vor der Bundestagswahl gemeinsam 35.000
21 Stunden menschenfreundliche Aktivitäten zu sammeln – also die Dauer einer
22 Legislaturperiode. Mit der Bundestagswahl im Herbst 2021 werden maßgebliche
23 Entscheidungen für die zukünftige Politik in Deutschland, Europa und der Welt
24 getroffen. Als katholische Jugendverbände haben wir deshalb konkrete
25 Vorstellungen davon wie Politik in den nächsten Jahren gestaltet werden muss.

26 Mit der Aktion „Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land“ bedeutet das für
27 uns konkret:

28 Gemeinsam für ein Land, dass gegen Menschenfeindlichkeit eintritt!

29 Die Zahl der rechtsextremen Straftaten in Deutschland hat 2020 erneut einen
30 Höchststand erreicht. Hinter diesen Zahlen stehen erschreckende Taten und viele
31 Betroffene. Widerstand gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist für uns

32 als Christ*innen Pflicht und Auftrag! Eine zukunftsfähige Politik kann nicht von
33 nationalistischem und menschenfeindlichem Gedankengut getragen sein. Wir fordern
34 einen konsequenten, flächendeckenden Ausbau einer auf Langfristigkeit angelegten
35 staatlichen Finanzierung der Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit!

36 Gemeinsam für ein solidarisches Land!

37 Wir sind solidarisch mit Menschen, die nach Deutschland geflohen sind. Jeder
38 Mensch hat ein Grundrecht auf Asyl! Die EU muss ihre unmenschliche
39 Abschottungspolitik endlich durch eine echte Willkommenspolitik ersetzen. Es
40 kann nicht sein, dass Kinder, die vor Krieg und Elend geflohen sind, in Lagern
41 am Rande Europas hungern und frieren.

42 Wir fordern eine grundlegende Neuausrichtung der Asyl-und Grenzpolitik in ganz
43 Europa, legale Möglichkeiten der Migration, die Bekämpfung von Fluchtursachen,
44 den Einsatz für eine EU-weite Entkriminalisierung der Seenotrettung und ein
45 Handeln, das nationalstaatliches Denken überwindet.

46 Gemeinsam für ein Land, das auf die Armen schaut!

47 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind die Altersgruppe mit dem größten
48 Armutsrisiko in unserer reichen Gesellschaft. Die betroffenen jungen Menschen
49 sind dadurch in vielen Lebensbereichen von der Teilhabe ausgeschlossen, ihre
50 Zukunftsperspektiven sind häufig schon in jungem Alter durch mangelnde
51 Entwicklungsmöglichkeiten versperrt. Dies belastet ihre Zukunft und die Zukunft
52 der Gesellschaft. Wir fordern deshalb seit langem die Einführung eines Kinder-
53 und Jugendgrundeinkommens.

54 Gemeinsam für ein jugendgerechtes Land!

55 Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen, zu fördern und zu unterstützen ist für
56 uns eine Selbstverständlichkeit. Für uns ist daher klar, dass sie auch
57 angemessen an politischen Entscheidungen beteiligt werden müssen!

58 Die Absenkung des Wahlalters und gesetzlich verankerte Beteiligungsinstrumente
59 auf allen politischen Ebenen ist deshalb dringend notwendig!

60 Gemeinsam für ein geschlechtergerechtes Land!

61 Auch 2021 sind wir noch weit davon entfernt in einem Land zu leben, in welchem
62 Frauen gleichberechtigt sind. Der Gender-Pay-Gap, die fehlende Repräsentation
63 von Frauen in politischen Ämtern, die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit –
64 gerade auch in der Corona-Pandemie – machen dies deutlich. Zugleich sind Frauen
65 off- und online verstärkt frauenfeindlichem Hass und Gewalt ausgesetzt und
66 antifeministische Kräfte gewinnen durch die starke ideologische Überschneidung
67 mit dem rechten Rand an Aufwind. Um Frauen in ihren unterschiedlichen
68 Lebenslagen zu stärken, brauchen wir eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen
69 in allen Ämtern und Führungspositionen, die gerechte Verteilung von unbezahlter
70 Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern und ein gemeinsames Eintreten aller
71 Geschlechter für den Schutz von Frauen vor Gewalt.

72 Gemeinsam für ein vielfältiges Land!

73 Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft. Als katholische Jugendverbände
74 wertschätzen und verteidigen wir diese Vielfalt. Bei uns engagieren sich junge
75 Menschen mit vielfältigem Begehren und vielfältiger sexueller Identität. Diese
76 Akzeptanz und Gemeinschaft wünschen wir uns auch von unserer Gesellschaft. Wir
77 fordern deshalb auch die Aufnahme von „sexueller Orientierung und
78 geschlechtliche Identität“ in Artikel 3 des Grundgesetzes.

79 Gemeinsam für ein klimagerechtes Land!

80 Klimaschutz heißt Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit. Kinder
81 und Jugendliche in vielen Ländern der Welt leiden schon jetzt unter den Folgen
82 des Klimawandels. Deshalb brauchen wir für Deutschland und für Europa
83 ambitioniertere Klimaziele, um die Folgen des Klimawandels abzumildern. Wir
84 brauchen ein ambitioniertes Klimaziel 2030 und Treibhausgasneutralität weit vor
85 2050, um dem Pariser Klimaabkommen und dem 1,5-Grad-Ziel gerecht zu werden.
86 International muss sich Deutschland für die finanzielle Unterstützung zur
87 Klimawandelanpassung einsetzen. Den rechtspopulistischen Leugner*innen des
88 Klimawandels erteilen wir eine klare Absage!

89 Gemeinsam für ein inklusives Land!

90 Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und
91 Beeinträchtigungen in unserer Gesellschaft ist ein Menschenrecht! Leider sind
92 wir an vielen Stellen von der Umsetzung dieses Rechts noch weit entfernt.
93 Wir fordern deshalb die Maßnahmen und Ziele des Bundesteilhabegesetzes auf ihre
94 Eignung zu überprüfen und gemeinsam mit Selbstorganisationen behinderter
95 Menschen weiter zu entwickeln.

96 Gemeinsam für ein Land, das Menschenrechte weltweit stärkt!

97 In zahlreichen Ländern geraten immer häufiger zivilgesellschaftliche
98 Organisationen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, unter
99 Druck - davon sind auch zahlreiche Partnerjugendverbände im Ausland betroffen.
100 Zugleich werden seit vielen Jahrzehnten Menschenrechtsverletzungen und
101 Umweltverschmutzung entlang der Wertschöpfungsketten von deutschen Unternehmen
102 in Kauf genommen, um den Profit zu maximieren. Wir treten ein für eine Welt, in
103 der Unternehmen in Deutschland auch für die von ihnen verursachten
104 Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung haften müssen und in der
105 deutsche Politiker*innen sich im Rahmen ihres politischen Handelns verpflichtet
106 fühlen für Menschenrechte und Demokratie weltweit einzustehen.

107 **Lasst uns gemeinsam Zukunftszeit gestalten: Gemeinsam für ein buntes Land!**

Antrag

A2NEU Ergänzung des Diskriminierungsverbot im Grundgesetz

Antragssteller*innen:

Antragstext

Der BDKJ-Hauptausschuss möge beschließen:

Der BDKJ unterstützt die Gesetzesinitiative, das grundgesetzlich festgeschriebene Diskriminierungsverbot, Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes, um das Merkmal der sexuellen Identität zu ergänzen. Wir plädieren ebenso dafür, den Begriff der Rasse aus dem gleichen Artikel zu streichen.

Wir erwarten, dass dieses Anliegen nicht gegen die Aufnahme von vorrangig zu berücksichtigenden Kinderrechten ins Grundgesetz, im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention, ausgespielt wird.

Der BDKJ-Bundesvorstand sucht gezielt das Gespräch mit Abgeordneten, insbesondere der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, um das Anliegen vorzutragen.

Der BDKJ-Bundesvorstand teilt über den BDKJ.direkt eine Briefvorlage für die Ansprache der (Wahlkreis-)Abgeordneten durch die Jugend- und Diözesanverbände, damit diese ebenfalls zügig ins Gespräch gehen können.

Begründung

Wir erleben in katholischen Kreisen rückwärtsgewandte und menschenverachtende, diskriminierende Positionen zu gleichgeschlechtlichen Beziehungen und gegenüber Menschen, die nicht dem heteronormativen Bild entsprechen. Deswegen sehen wir einen dringenden Bedarf, den Anti-Diskriminierungsartikel im Grundgesetz zu ergänzen.

Der Antrag wird als Dringlichkeitsantrag gestellt, weil unerwartet wieder Bewegung in die entsprechende Debatte gekommen ist und ein Antrag an die BDKJ-Hauptversammlung für die damit verbundenen parlamentarischen Abläufe zu spät kommen könnte. Es ist nicht ausgeschlossen, dass bereits in den zwei Sitzungswochen des Bundestages nach der Hauptausschuss-Sitzung entsprechende Debatten geführt werden. Eine ausreichende Mehrheit für diese Grundgesetzänderung ist nur mit den Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion möglich. Es gibt in der Fraktion bereits Befürworter*innen für diesen Antrag, die entsprechende Unterstützung brauchen. Wir möchten mit diesem Beschluss bewirken, die Haltung des BDKJ als Dachverband der katholischen Kinder- und Jugendverbände insbesondere gegenüber Angehörigen der CDU/CSU-Fraktion in dieser Frage deutlich zu machen.

Es liegen auch Vorschläge für die Formulierung von Kinderrechten vor. Diese sind aber nach unserer Einschätzung nicht weitgehend genug, und es ist unklar, ob sie derzeit eine parlamentarische Mehrheit finden

würden. Für das Ende der aktuellen Legislaturperiode und die nächsten Koalitionsverhandlungen möchten wir verhindern, dass mit diesem Anliegen ein politisches Tauschgeschäft betrieben wird.

Der vorliegende Gesetzesentwurf von FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/131/1913123.pdf>) nennt nur die sexuelle Identität, womit ein möglichst breiter Oberbegriff für alle Fragen der sexuellen Orientierung verwendet wird, weil die Diskriminierung von intersexuellen Menschen und Trans*personen bereits mit dem Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts abgedeckt ist. Eine genauer differenzierende Wortwahl würde das Anliegen eher schwächen als stärken, weil die Ergänzung sonst entweder unverhältnismäßig lang würde oder man damit riskieren würde, dass einzelne, zur Zeit noch nicht identifizierte und darum nicht genannte Sachverhalte wiederum vom Diskriminierungsverbot nicht erfasst würden.